S 20 AY 14/06 ER

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Frankfurt

Sachgebiet Asylbewerberleistungsgesetz

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 AY 14/06 ER

Datum 10.08.2006

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 AY 14/06 ER Datum 26.03.2007

3. Instanz

Datum -

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung wird abgelehnt.

Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Â

Gründe:

Der Antragsteller ist palĤstinensischer StaatsangehĶriger und im Besitz einer Duldung nach <u>§ 60a Abs. 2</u> Aufenthaltsgesetz, befristet bis zum 5.10.2006. Am 8.2.2006 beantragte er bei der Antragsgegnerin Hilfe zum Lebensunterhalt. Am 9.6.2006 legte er bei der Antragsgegnerin ein Schreiben der Techniker Krankenkasse vom 9.5.2006 vor, wonach die BeitrĤge für seine freiwillige Versicherung ab dem 8.2.2006 neu berechnet wurden und zwar mit monatlich

103.72 â∏¬ Krankenversicherung und

13.88 â∏¬ Pflegeversicherung.

Aufgrund der r \tilde{A}^{1}_{4} ckwirkenden \tilde{A}_{\square} nderung forderte die Techniker Krankenkasse eine Nachzahlung in H \tilde{A} ¶he von 435.12 \hat{a}_{\square} \neg . Die Antragsgegnerin wertete dieses Schreiben als Antrag auf Kosten \tilde{A}^{1}_{4} bernahme.

Mit Bescheid vom 20. 6. 2006 bewilligte die Antragsgegnerin Leistungen gem \tilde{A} $^{\text{A}}$ $^{$

Ã□ber den hiergegen erhobenen Widerspruch ist noch nicht entschieden.

Mit dem am 26.7.2006 beim Sozialgericht Frankfurt am Main eingegangenen Eilantrag begehrt der Antragsteller Leistungen nach dem SGB XII sowie die \tilde{A} bernahme der Beitr \tilde{A} ge f \tilde{A} die Technikerkrankenkasse durch die Antragsgegnerin.

Er trägt u. a. vor, er lebe seit 30 Jahren in Deutschland. Eine Abschiebung nach Palästina sei bisher daran gescheitert, dass sich die israelischen Behörden weigerten einen Pass auszustellen. Damit erfülle er alle Voraussetzungen des § 2 Asylbewerberleistungsgesetz mit der Folge, dass er Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB XII habe.

Mit Bescheid vom 18.6.2006 habe die Technikerkrankenkasse rückwirkend festgestellt, dass die Mitgliedschaft am 15.7.2006 aufgrund der Beitragsrückstände von insgesamt 623,60 â□¬ beendet worden sei. Gegen diesen Feststellungsbescheid habe er Widerspruch erhoben.

Der Antragsteller beantragt sinngemäÃ \square , im Wege der einstweiligen Anordnung die Antragsgegnerin zu verpflichten, Leistungen nach dem SGB XII im gesetzlichen Umfang zu gewähren. Sowie die BeitragsrÃ 1 /4ckstände bei der Techniker Krankenkasse fÃ 1 /4r die Zeit vom 8.2.2006 bis 30.6.2006 in Höhe von 558,67 â $^{\square}$ ¬ und die laufenden Beiträge ab 16.7.2006 in Höhe von monatlich 103,72 â $^{\square}$ ¬ fÃ 1 /4r die Krankenversicherung und 13,88 â $^{\square}$ ¬ fÃ 1 /4r die Pflegeversicherung zu Ã 1 /4bernehmen.

Die Antragsgegnerin beantragt sinngemĤÃ∏, den Antrag abzulehnen.

Sie fýhrt u. a. aus, die Voraussetzungen des § 2 Asylbewerberleistungsgesetz seien nicht erfýllt. Der Antragsteller habe vom 1.4.2003 bis 31.12.2004 Hilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz bzw. Asylbewerberleistungsgesetz bezogen. Vom 1.1.2005 bis 28.2. 2006 habe er Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II erhalten. Eine Hilfegewährung nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz â \square Analogleistungen nach dem SGB XII â \square sei bei fortlaufenden Leistungsbezug erst ab 8.4.2007 möglich. Die freiwilligen Beiträge zur Krankenversicherung könnten nicht ýbernommen werden, da sich gemäÃ \square § 4 Asylbewerberleistungsgesetz die Leistungen bei Krankheit auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände beschränken wýrden. Auch eine

Ã□bernahme der Krankenversicherungsbeiträge nach § 6 Asylbewerberleistungsgesetz (sonstige Leistungen) sei ausgeschlossen, da hierzu nur Leistungen gehörten, die zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich seien.

Der zulÄxssige Antrag ist nicht begrļndet.

Der Erlass einstweiliger Anordnungen ist in <u>ŧ 86b Abs.2</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG) in der Fassung des sechsten Gesetzes zur à nderung des Sozialgerichtsgesetzes (6.SGGà ndG) vom 17.8.2001 (<u>BGBI I S 2144</u>ff) geregelt. Satz 1 stellt klar, dass eine einstweilige Anordnung nicht statthaft ist, wenn vorlà ufiger Rechtsschutz nach <u>ŧ 86b Abs.1 SGG</u> gewÄ hrt werden kann. Hinsichtlich der materiellen Voraussetzungen einer einstweiligen Anordnung orientiert sich das Gesetz ausdrĽcklich an der in der Praxis vorherrschenden Auffassung, wonach die in <u>ŧ 123</u> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) geregelte Systematik fļr das Sozialgerichtsverfahren zu übernehmen ist (Bundesratsdrucksache 132/01 S.53).

Entsprechend finden sich in § 86b Abs.2 beide Erscheinungsformen der einstweiligen Anordnung, die Sicherungsanordnung in Satz 1 und die Durchsetzung von Verpflichtungs-, allgemeinen Leistungs- und Feststellungsbegehren dienende Regelungsanordnung in Satz 2. Nach <u>§ 86b Abs. 3 SGG</u> ist der Erlass einer einstweiligen Anordnung schon vor Klageerhebung statthaft.

Vorliegend handelt es sich um eine Regelungsanordnung, denn es werden Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz begehrt.

Eine einstweilige Anordnung kann erlassen werden, wenn ohne sie schwere und unzumutbare, anders nicht abwendbare Nachteile entstù⁄₄nden, zu deren nachträglicher Beseitigung die Entscheidung in der Hauptsache nicht mehr in der Lage wäre (vgl. BVerfG, Beschluss vom 19.0ktober 1977 â□□ 2 BVR 42/76 â□□ BVerfGE 46, Seite 166,177ff. = NJW 1978, Seite 193,194).

Im Einzelnen gilt, dass das Gericht im Rahmen einer insoweit zu treffenden Ermessensentscheidung alle betroffenen \tilde{A} ¶ffentlichen und privaten Interessen der Beteiligten, die f \tilde{A} ½r und gegen den Erlass einer einstweiligen Anordnung sprechen, gegeneinander abzuw \tilde{A} ¤gen hat. Zu ber \tilde{A} ½cksichtigen sind dabei unter anderem auch, soweit sie sich bereits \tilde{A} ½bersehen lassen, die Erfolgsaussichten in einem anh \tilde{A} ¤ngigen oder zu erwartenden Hauptsacheverfahren (vgl. Kopp, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 9. Auflage, 1992, \hat{A} § 123 VwGO, Rn. 30, m.w.N.).

Die Entscheidung darf freilich, dem Wesen und Zweck der einstweiligen Anordnung entsprechend, die Hauptsache grundsĤtzlich nicht vorwegnehmen. Das Gericht kann nur vorlĤufige Anordnungen treffen und dem Antragsteller in der Regel nicht schon in vollem Umfang, wenn auch nur auf beschrĤnkte Zeit und unter Vorbehalt einer Entscheidung in der Hauptsache, das gewĤhren, was er in einem Hauptsacheprozess erreichen kĶnnte. Im Hinblick auf die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs.4 GG gilt dies jedoch dann nicht, wenn eine bestimmte Regelung zur GewĤhrung eines effektiven Rechtsschutzes schlechterdings notwendig ist, d.h.

wenn die sonst zu erwartenden Nachteile f \tilde{A}^{1}_{4} r den Antragsteller unzumutbar w \tilde{A} zen und ein hoher Grad an Wahrscheinlichkeit f \tilde{A}^{1}_{4} r einen Erfolg auch in der Hauptsache spricht (vgl. Kopp a.a.O., Rnr. 13 m.w.N.). Ist dagegen eine derartige positive Vorausbeurteilung in der Hauptsache nicht m \tilde{A} glich, bestehen geringere als zumindest \tilde{A}^{1}_{4} berwiegende Erfolgsaussichten zugunsten des Antragstellers in der Hauptsache, so kann die (Regelungs-) Anordnung nicht erlassen werden.

Ungeachtet der Erfolgsaussichten in einem Hauptsacheverfahren ist die begehrte einstweilige Anordnung bereits deshalb nicht begründet, weil eine Eilbedürftigkeit für eine Entscheidung im einstweiligen Anordnungsverfahren nicht besteht (Anordnungsgrund). Dem Antragsteller ist es zuzumuten, eine Entscheidung der Antragsgegnerin im Vorverfahren abzuwarten sowie gegebenenfalls den Ausgang eines sich daran anschlie̸enden Klageverfahrens. Es ist weder substantiiert vorgetragen noch sonst ersichtlich, dass der Antragsteller bei Einhaltung des üblichen Entscheidungsweges existenzielle wirtschaftliche Not leiden würden. Er bezieht monatliche Leistungen in Höhe von 745.19 â∏¬, einschlie̸lich der Kosten für Unterkunft in Höhe von 520.22 â∏¬. Damit verfügt der Antragsteller über eine rudimentäre Grundsicherung. Eine darüber hinaus verbleibende schwierige finanzielle Lage als solche reicht für die Annahme eine Eilbedürftigkeit nicht aus Es ist auch nicht ersichtlich, dass dem Antragsteller ohne die Gewärkrung vorlärufigen Rechtsschutzes andere unzumutbare Nachteile entstünden, zu deren nachträglicher Beseitigung in einem Hauptsacheverfahren keine Möglichkeit bestehen würde. Insbesondere ist die Kündigung der Krankenversicherung wegen der fehlenden Beitragszahlungen unbeachtlich, da dem Antragsteller laut Bescheid vom 20.6.2006 fÃ¹/₄r die Notfallbehandlung Leistungen nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz zustehen. Ein Anlass für die Inanspruchnahme des Gerichts zur Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes besteht daher nicht. Da somit bereits kein Anordnungsgrund vorliegt, konnte dahingestellt bleiben, ob ein Anordnungsanspruch vorliegt. Die Prüfung dieser Frage bleibt ggf. einem Hauptsacheverfahren vorbehalten.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Erstellt am: 11.01.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024